



Bürgerschaftswahl Hamburg: 90 Prozent der AfD-Wahlplakate zerstört



Stören und Zerstören

– das sind die „Argumente“ derer, die sich jeder sachlichen Diskussion verweigern, weil sie nur ihr linkes Weltbild gelten lassen. Es sind die „Argumente“ roter und grüner Traamtänzer und ihrer willigen, von der Senatspolitik großzügig geförderten Schlägertrupps, der sog. Antifa. Niederbrüllen, Niederreißen, ja sogar körperliche Gewalt – die „Argumente“ von Faschisten.

(Von Hinnerk Grote)

Zu sehen und nicht zu überhören sind sie bei jeder Kundgebung, bei jeder Demonstration und an fast jedem Infostand konservativer Parteien. Ihre vom Hass auf alles Bürgerliche zerfressenen Gesichter lassen einen angst und bange werden. Nicht zu sehen sind sie in der Nacht, wenn sie wie kleine

graue Nager im Dunkeln durch die Stadtteile schleichen, immer auf der Suche nach Wahlplakaten derer, die Zielobjekt ihres Hasses sind. Im Wahlkampf um die Sitze in der Hamburgischen Bürgerschaft sind dies vornehmlich die Plakate der „Alternative für Deutschland“, von denen oft schon die meisten, kurz nachdem sie aufgestellt wurden, zerstört werden.

Karina Weber, Bürgerschaftskandidatin der AfD, [berichtet auf ihrer Homepage](#):

Am vergangenen Sonntag war ich in Hamburg unterwegs, um meine neuen Wahlplakate aufzustellen. Dabei musste ich leider feststellen, dass viele Plakate, die ich erst in der Nacht zuvor aufgestellt hatte, bereits wieder abgerissen und zerstört worden waren.

Seitdem wir am 16. Januar mit der AfD die intensive Plakatierung angefangen haben, um die Hamburger Wählerinnen und Wähler für die bevorstehende Wahl am 15. Februar auf ihre Alternative aufmerksam zu machen, verzeichnen wir Plakatverluste durch Zerstörung in Höhe von 90 Prozent.[...]

So hohe Verluste wie wir hat keine andere Partei zu beklagen. Die Faschisten sind heutzutage eben am stärksten in der linken Szene zu verorten, wenngleich es natürlich auch islamistische und rechtsextreme Faschisten gibt. Alle sind sie von Übel.

In der Nacht zum Samstag wurden mein Helfer und ich sogar aggressiv und lautstark bedroht. Gerade hatten wir zwei Plakate an der Blankeneser Landstraße am Blankeneser Bahnhof aufgestellt, da kam ein etwa 18 Jahre alter, großer, junger Mann auf einem Fahrrad angefahren und schrie mit vor Hass entstellten Gesichtszügen an: „Ihr seid Nazis und Juden und was wollt Ihr überhaupt? Ihr braucht die Plakate gar nicht erst aufzustellen. Ich mache die sofort kaputt.“ [...]

Als Nächstes fuhr der Randalierer routiniert auf meine Plakate zu und trat sie während der Fahrt kaputt, drehte um

und trat erneut zu, um dann die Plakate bei der folgenden Runde ganz abzureißen und sie auf die Straße zu werfen.

Natürlich wird in allen Fällen Strafanzeige erstattet, doch es ist kaum damit zu rechnen, dass die Täter erwischt werden. Und selbst wenn, dann haben sie nur mit geringen Strafen oder gar einer recht schnellen Verfahrenseinstellung zu rechnen. Zivilrechtliche Ansprüche auf Ersatz des entstandenen Schadens dürften auch kaum durchsetzbar sein, denn welcher Gerichtsvollzieher pfändet einem zugekiffen Antifanten schon die verlauste Matratze in der Roten Flora unter dem Hintern weg. Mitschuldig daran, dass in unserer Stadt demokratische Rechte im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen getreten werden, ist auch eine Senatspolitik, die das Entstehen eines rotkriminellen Milieus erst ermöglicht hat und fördert. Dieser Politik sollte jeder klar denkende Hamburger Bürger bei der Wahl eine deutliche Absage erteilen. Es gibt schließlich eine Alternative.



Video: „BärGiDa“ heute im Vorgarten von Kanzlerin Angela Merkel

Heute wird der 4. Abendspaziergang der „BärGiDa“ (Pegida-

Ableger Berlin) um 18.30 Uhr auf dem Washingtonplatz, direkt vor dem Hauptbahnhof in Berlin – also quasi dem Vorgarten der Bundeskanzlerin – starten. Das Orga-Team kündigte an, man wolle beim nächsten Mal direkt bis vor das Kanzleramt ziehen, um dort seinen Unmut kundzutun.

Bereits am letzten Montag wurden diesbezüglich klare Worte gesprochen. Hier die Videos:

Wie am 19. Januar wird auch dieses Mal ein [Livestream von RuptlyTV](#) zur Verfügung gestellt werden. Das sollte aber die Berliner Patrioten nicht davon abhalten, zum Hauptbahnhof zu kommen. Eine Gegenkundgebung der Linksextremen ist am Veranstaltungsort und im Hauptbahnhof von der Polizei verboten worden. Auch die Deutsche Bahn hat von ihrem Hausrecht Gebrauch gemacht und den Schreihälsen die Rote Karte gezeigt.

Einzelproteste vor dem Bahnhof werden jedoch zugelassen und gehören zum Diskurs unserer Gesellschaft. Allerdings ist eine vernünftige Auseinandersetzung schon aufgrund des Verblendungsgrades der linken Gegendemonstranten auch heute nicht zu erwarten.

Kamera 2 (Gegendemo):

(Livestream: [RuptlyTV](#) / Videos: Nick)



Dresden, Insel der Freiheit



Als Bürger einer fränkischen Kleinstadt kannte ich Pegida bislang nur von der Würzburger WÜGIDA. Aber Pegida Dresden an einem Sonntag – das war gestern eine einzigartige Chance, einmal das Original zu erleben. Also: fünf Stunden Zug durch die verschneite Winterlandschaft in die ferne sächsische Landeshauptstadt. Eine Reise auf eine Insel der Freiheit.

(Von Thorben)

Würzburg war die erste Stadt, in der außerhalb Dresdens Solidarität mit den Dresdnern gezeigt wurde: gegen fremde Gewalt auf deutschem Boden, gegen den Missbrauch des Asylrechts, gegen das Unrecht der totalen Bunten Republik. Heute abend wird in Würzburg bereits zum zehnten Mal demonstriert. Wie bei den vorangegangenen neun Malen wird das wieder bedeuten: hinter Stahlgittern abgesperrt, von einer Hundertschaft Polizisten geschützt in einer Seitengasse der Innenstadt, möglichst von niemandem bemerkt und niedergebrüllt von ohrenbetäubenden Geschrei, eine halbe Stunde lang seine Meinung „öffentlich“ sagen zu dürfen. Ringsherum Blaulicht, Polizeikontrollen, dazu angebrüllt als „Nazischwein“ von den vermummten Schergen der militanten „Antifa“, der bunten SA im Dienste der Merkels und Gaucks, unserer Führer in die glorreiche bunte Zukunft. Wer diesen Spießrutenlauf auf sich

nimmt, braucht viel Mut und eisernen Willen. Der normale Würzburger Durchschnittsbürger sucht angesichts dieses Tohuwabohus schnell das Weite. Genau das ist der Sinn der Sache: Abschrecken, Kleinhalten, Kaputtmachen. Mithilfe der militanten „Antifa“ soll der Eindruck erweckt werden, Kritik an der Asylpolitik, Kritik an der Ausländerpolitik, Kritik an der islamischen Kolonisation Europas – das sei ja nur eine Meinung von ganz wenigen Leuten.

Neun Mal habe ich diese gespenstische Szenerie in Würzburg hautnah miterlebt, gestern wollte ich mir die einzigartige Chance, an einem Sonntag wenigstens einmal das Dresdner Original zu sehen, nicht entgehen lassen. Also morgens um sieben los: Bahnfahrt nach Fulda und dann nach Osten, das ist immer noch eine Fahrt über eine unsichtbare Grenze. Damals eine Grenze zwischen Freiheit und Unfreiheit – und das ist sie auch heute noch, nur sonderbarerweise in umgekehrter Richtung. Irgendwann erreichte der Zug Sachsen und ich ertappte mich dabei, wie ich erleichtert aufatmete. Sachsen, Dresden, wer mir als selbstüberzeugtem „Wessi“ vor zwanzig Jahren gesagt hätte, dass ich mit diesen Worten eines Tages den Inbegriff von Freiheit, von Demokratie verbinden würde – ich hätte das niemals geglaubt.

Für mich als geschundenen Würzburger Spaziergänger begann das Wunder bereits an den Polizeifahrzeugen, die den Zugang zum Platz der Kundgebung vor der Dresdner Semperoper abriegelten: Es gab keine Stahlgitter. Man konnte tatsächlich einfach so auf den Platz laufen, zwischen den Fahrzeugen durch. Man musste sich nicht durch einen knapp ein Meter schmalen Zugang drängen, den die Polizei zwischen den Stahlgittern offen liess. Und noch erstaunlicher: Man konnte den Platz sogar wieder verlassen, um noch schnell ein Foto von den Elbwiesen zu machen, und konnte dann wieder zurück. In Würzburg wird der schmale Zugang zwischen den Gittern nach einer Weile abgeriegelt, niemand kann mehr rein, niemand kann mehr raus. Wer die krakeelende, hasserfüllte Masse der „Gegendemo“

außerhalb des Gitterzauns jemals aus der Nähe erlebt hat, weiß: aus gutem Grund.

Der Platz vor der Oper füllte sich, ein Meer aus Fahnen, Bundesfahnen Schwarz-Rot-Gold, Landesfahnen, auffällig viele Stauffenberg-Fahnen in der Tradition des Deutschen Widerstands. Überall Menschen, unglaublich viele Menschen: Es war unmöglich, die Bühne zu erkennen, geschweige denn die einzelnen Redner. Und dann die ersten Worte: „Hallo Dresden!“ Man muss das einmal im Leben gehört haben – und man muss die Antwort der Menge gehört haben: das Klatschen, den Jubel, den gemeinsamen inneren Rhythmus von 20.000 Leuten. Man muss selbst gehört haben, wie sich das „Wir sind das Volk!“ erst irgendwo stellenweise bildet und dann wie eine große Welle über dem Platz ausbreitet, wie es immer näher kommt, noch fünf Reihen vor einem, noch zwei, und man dann plötzlich erfasst wird und selber mitruft. Die kleine WÜGIDA hin oder her: Dresden ist eine ganz andere Dimension, das ist etwas völlig anderes.

Erstaunlich gleich zu Anfang: In ihrer einführenden Rede erwähnt Kathrin Oertel „Gespräche“ und „Dialoge“ mit Dresdner Politikern. Unvorstellbar, dass sich in Würzburg irgendein Politiker jemals von seinem hohen Ross herablassen würde, um „Gespräche“ oder gar einen „Dialog“ zu führen mit einem Nazischwein wie mir, das für die Durchsetzung bestehender Gesetze in der Asylpolitik eintritt. In Dresden wird offenbar miteinander geredet, es gibt ein „Bürgergespräch“ – ein Traum! In Würzburg kennen die Politiker nur Hass, Hetze und Beleidigung. Bei uns wird nicht mit Bürgern geredet, da schickt man die Putztruppe der Antifa und schaut gemütlich zu, wie die das Problem auf ihre Weise unter den Teppich kehrt.

Und noch erstaunlicher: In Dresden kann man die Reden tatsächlich verstehen. Zwar hört man ganz weit in der Ferne ein Pfeifen und Kreischen der Gegendemo, aber es ist eher ein Hintergrundrauschen. Auf dem Platz vor der Semperoper kann man sich wirklich auf die Inhalte der Reden konzentrieren, man

verstehet jedes Wort. In Würzburg ist die Kundgebung ein mühsames Anschreien gegen das ohrenbetäubende Gegröle der „Antifa“, die keine 50 Meter hinter den Spaziergängern ihre Trillerpfeifen einsetzt und „Nie wieder Deutschland!“ brüllt. Man ist ständig in Angst, dass der wilde Haufen über die Stahlgitter steigt und man dann im Krankenhaus wieder aufwacht. Über Inhalte reden, zuhören, über das Gesagte nachdenken – in Würzburg ein Ding der Unmöglichkeit.

Nach Ende der Kundgebung ergeben sich Unterhaltungen mit einigen Dresdner Bürgern, neben denen man eineinhalb Stunden lang in der Kälte ausgeharrt hat. Die Stimmung ist prächtig, gemeinsam verlässt man in aller Ruhe den Platz. Auch das ist daheim unvorstellbar: Wer die WÜGIDA verlässt, schaut, dass er wegkommt, der ist froh, wenn ihm die linksbunte SA nicht in der nächsten Seitengasse auflauert. Auch am vergangenen Montag wurden in Würzburg nach Ende der Kundgebung wieder Demonstranten von der „Antifa“ wahllos geschlagen und am Schlawittchen gepackt – kein Thema natürlich für die Würzburger Politik, Kirche und Presse.

Dresden zeigt, wie's geht. Und zwar gilt das für alles, was in Dresden passiert: Dass man das Recht und die Möglichkeit hat, eine regierungskritische Meinung öffentlich zu äußern, ohne um Leib und Leben fürchten zu müssen. Dass Demonstranten und Politiker in einer Demokratie tatsächlich miteinander reden. Dass man sich in einem modernen, zivilisierten Gemeinwesen gegenseitig zuhört. Vielleicht werden mir viele Dresdner nicht zustimmen, wenn dies mein Fazit ist, auch in Dresden ist man vermutlich von echtem, ehrlichem Gespräch noch meilenweit entfernt. Aber für einen ortsfremden Beobachter aus Westdeutschland, der wirkliche Demonstrationenkultur und eine öffentliche, ehrliche Debatte über die „Bunte Republik“ nie kennengelernt hat, war mein Besuch in Dresden wie ein Besuch in einer wunderbaren freien Welt.

Pegida Dresden ist einzigartig, Dresden ist die große Ausnahme. Verglichen mit allen anderen Demonstrationen, die in

diesen Tagen in ganz Deutschland, von Leipzig bis München, von Stralsund bis Saarbrücken, gegen die katastrophale Ausländer- und Asylpolitik der Regierung abgehalten werden, alle Demonstrationen, die sich ihre Versammlungs- und Redefreiheit vor Gerichten erstreiten müssen, die jeden Montag gegen ein Heer militanter Gewalttäter anfechten müssen, wirkte der Platz vor der Semperoper gestern wie eine kleine Oase des Friedens, eine kleine Insel der Freiheit in einem Meer aus Unrecht und Unfreiheit.

Grünen-Mitbegründerin Eva Quistorp über Islam

Das Leben bringt es mit sich, dass Menschen und ihre Ansichten sich verändern. Das sollte man jedem zugestehen, also auch Linken, Grünen und anderen. Eva Quistorp ist evangelische Theologin und Politologin und sie ist Gründungsmitglied der Grünen. Auf der Seite des Deutschen Arbeitgeberverbandes wurde ein Artikel von ihr veröffentlicht, der in vielen Teilen zeigt, dass es auch innerhalb der linksverquerten Denkstrukturen der Grünen Anlass zur Hoffnung gibt, auch wenn man im Detail durchaus erkennt, wie schwierig es offenbar ist, die linksgrüne Ausrichtung hinter sich zu lassen:

Nach den grauenhaften, doch vorhersehbaren Massakern in Paris an Künstlern und Journalistinnen der Satirezeitung Charlie Hebdo, an Juden und Polizisten, die sie zu schützen versuchten, und der erhebenden Massendemonstration von Millionen Franzosen mit ihren Kindern und Buntstiften und der Marseillaise für Presse, Satirefreiheit und Republik, scheint auch in einigen deutschen Zeitungen langsam das Nachdenken zu beginnen: Über den Zusammenhang des globalen islamistischen

Terrors mit den islamistischen Propagandamaschinen im Internet, ausreichender Sicherheitsdienste, islamischem Religionsunterricht, islamischer Seelsorge in Gefängnissen und der Frage, warum so viele junge Männer sich von der rigidesten Form des Islam fasziniert fühlen, die geistig zurück in die Wüste des 7. Jahrhundert will. Mit High Tech und bösester Barbarei bewaffnet, mit Krieg in Irak, Syrien und Libyen und mit Selbstmordattentaten gegen sogenannte Ungläubige, Frauen, Kinder, Journalisten, Christen, Jesiden, moderate Muslime, Kulturdenkmäler.

Als Antwort darauf spricht Frau Merkel nun, wie Herr Wulff einige Jahre vorher: „Der Islam gehört zu Deutschland.“

Welch eine Einsicht! Es ist sicher gut gemeint gegen ausländerfeindliche Stimmungen und gegen zu viele Flüchtlinge, und es wärmt auch die Seelen vieler Muslime in Deutschland, doch gleichzeitig ist es banal, zu simpel und ein falsches Signal in den Krisen, in denen Europa sich befindet. [...]

(Weiterlesen auf der Internetseite des [Deutschen Arbeitgeberverbandes](#))

Asyl-Irrsinn in Radeburg: Das beste gehofft – das Schlimmste trat ein



Radeburg hatte ein positives Zeichen setzen wollen, Bürgermeisterin Michaela Ritter, die Stadtverwaltung, Stadträte, Jana Funke von der Radeburger

Wohnungsgesellschaft, ja sogar die künftigen Nachbarn hatten sich gut vorbereitet auf die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen, doch dann lief vieles schief...

Schon vor fast einem Jahr hatten Landkreis und Stadt über die Notwendigkeit der Aufnahme von Flüchtlingen informiert. Im Mai kam die erste Flüchtlingsfamilie aus dem Bürgerkriegsland Syrien an und alle, die mit dieser Familie zu tun haben, berichten nur Positives. Der Familienvater, der es Leid ist, auf eine Arbeitserlaubnis zu warten, wurde dabei gesehen, dass er am Meißner Berg Unkraut zwischen den Gehwegplatten entfernte, „um ein Zeichen zu setzen“, um diese schwülstige Worthölse mal zu gebrauchen. Da in Radeburg die öffentliche Meinung genauso gespalten ist wie anderswo in Sachsen, war das Auftreten dieser Familie wirklich gut. „Der Mann hat beim Wohngebietsfest, beim Auf- und Abbauen des Festgeländes, einfach mit zugepackt,“ berichtet Jana Funke. So hätte es auch mit den weiteren, vom Landratsamt avisierten Flüchtlingsfamilien gehen sollen. 20 Personen, also vier bis fünf Familien, hätte Radeburg noch unterbringen sollen.

Am Freitag, dem 14. November, wurde die Bürgermeisterin, Michaela Ritter, per Fax durch das Landratsamt informiert, dass am 20. November 14 Asylbewerber in den vom Landratsamt angemieteten Wohnungen, eine 4- und eine 5-Raum-Wohnung, unterzubringen seien. Aus dem Fax ging hervor, dass es sich dabei überwiegend um junge Männer handelte, der jüngste 18,

der älteste knapp über 40, die meisten aber „um Jahrgang 90“. Da das nun nichts mit den angekündigten Familien zu tun hatte, versuchte die Bürgermeisterin mit dem ersten Beigeordneten des Landrates, Ulrich Zimmermann, zu telefonieren, da dieser aber nicht im Hause war, rief sie Landrat Arndt Steinbach an und beschwerte sich darüber.

Am 17. November erhielt sie von Zimmermann dann noch einmal eine Mail, in der er erklärte, dass sich „die Geschäftsgrundlage verändert habe“, dass nun doppelt so viele Flüchtlinge kämen wie angekündigt und dass es sich dabei ausschließlich um junge Männer handle.

Von Herrn Zimmermann war weiterhin zu erfahren, dass auch der Landkreis erst drei Tage vorher von der Unterbringung weiterer Flüchtlinge informiert wurde und dabei einen Teil, eben die vierzehn, auf Radeburg „aufteilen“ musste. Was damals nicht gesagt wurde und was nach eigenen, aber noch nicht bestätigten Recherchen als Schwachpunkt zutage getreten ist: die betreffenden Personen waren bereits vierzehn Tage in Schneeberg untergebracht. Einige von ihnen sollen bereits dort „auffällig“ gewesen sein und Streit untereinander gehabt haben.

Es wäre also durchaus möglich gewesen, erstens, schon dort Störer „auszusortieren“ und zweitens, die Verlegungsabsicht eher bekannt zu machen. Dass man in den Erstaufnahmelagern auch mit der Situation überfordert war, soll als Entschuldigung reichen, denn die Behauptung stimmt nicht, dass man dort ja auch seit einem Jahr weiß, dass Flüchtlinge kommen. Was man dort nämlich nicht wusste war, dass Italien dazu übergegangen war, sich am Menschenhandel in der Form zu beteiligen, dass man die so genannten „Bootsflüchtlinge“ aus Nordafrika unkontrolliert nach Deutschland schleuste, womit Italien gegen geltendes EU-Recht verstieß. Nach EU-Recht sind Erstaufenthalt und Prüfung des Asylantrags in dem EU-Land zu gewähren, das die Flüchtlinge zuerst betreten. Erst nach dem deutschen Protest in Brüssel wurde die Regelung wieder

eingehalten. Für Radeburg blieben, da außer dem Wochenende auch noch der Buß- und Betttag in diese Zeit fiel, nur der 17. und 18., um sich auf die Ankömmlinge vorzubereiten.

Noch an jenem 17. November wurden durch Frau Ritter die Stadträte über die Situation und die Korrespondenz mit dem Landkreis informiert. Am darauf folgenden 18. November, dem letztmöglichen Tag vor dem Eintreffen, wurden die Anwohner durch Frau Funke per Brief wie folgt informiert: „Die Stadt Radeburg, die für die Unterbringung der zugewiesenen Asylbewerber Sorge trägt, hat versucht, gemeinsam mit uns als städtisches Wohnungsunternehmen, geeignete Wohnräume zu finden. Es ist beabsichtigt, dass die Asylbewerber bei uns in einer Wohnung untergebracht werden. Für die Menschen bedeutet es einen Neuanfang in ihrem Leben. Bitte unterstützen Sie uns dabei, dass sie sich in ihrem zwischenzeitlichen Zuhause wohlfühlen. Während der gesamten Aufenthaltszeit werden die Asylbewerber von geschulten Mitarbeitern der Diakonie betreut.“

Noch bei Erhalt des Briefes gingen die Einwohner davon aus, dass eine Familie kommt und waren im Nachhinein verärgert darüber, dass sie nicht so aufgeklärt wurden, wie es möglich gewesen wäre. „Der Stadtrat hat doch auch gewusst, wer und wie viele da kommen,“ beschwerten sich die Anwohner beim RAZ einen Monat später. Ich hatte die Mieter besucht, nachdem Sylvia Schmidt als Nachbarin auf Facebook ihrem Ärger Luft verschafft hatte.

Aus der im Brief genannten einen Wohnung wurden zwei. Zwei Wohnungen in der Lindenallee 8 b wurden durch das Landratsamt vorgerichtet und möbliert. Die Einrichtung der Wohnungen erfolgte entsprechend dem Standard. Eine Wohnstube mit Couchgarnitur, Esstisch, Schrank... Zwei Kinderzimmer, Neubauküchen und -bäder kennt man. Also so, wie die Wohnungsgesellschaft wirbt, mit „Wohnungen für Familien“. Wohnungen wurden bei Renovierungsmaßnahmen zusammengelegt, um größere als die Standardwohnungen zu haben. Zwar war in dem

Schreiben von Frau Funke nicht mehr von Familien die Rede, aber jeder war aufgrund des bekannten Wohnungszuschnittes und der Ankündigung davon ausgegangen, dass eine der beiden Wohnungen nun mit einer Familie belegt würde. Frau Funke selbst hat das bis zuletzt auch so gesehen. „Die Vereinbarung mit dem Landkreis war, Familien unterzubringen.“

Am 20. November vormittags trafen die ersten neun der am Ende 13 Libyer unter Begleitung von Herrn Hananov von der Diakonie Riesa-Großenhain in Radeburg ein und wurden zu den Wohnungen gebracht. Drei erreichten Radeburg in der Nacht und fanden, nachdem sie einige Zeit umher geirrt waren, nach diversen Anrufen von Bürgern bei der Polizei, mit Hilfe der Bürgerpolizisten zu ihren Quartieren. Zwei weitere zogen am kommenden Tag ein. Bei den Männern handelte es sich, pauschal gesehen, nicht nur schlechthin um junge Männer statt Familien, sondern wohl noch nicht einmal um welche von der Art Flüchtling, der sich aus bitterer Not nach Europa rettet. Ein Indiz: Anfang Dezember flog die aus der Kleidersammlung von der Diakonie zur Verfügung gestellte warme Winterkleidung aus dem Fenster. Sie genügte offenbar den Ansprüchen nicht. Anwohner fanden die Kleidungsstücke.

Dass sie andere Ansprüche hatten, war nach Aussage der Anwohner auch schon daran zu sehen, dass sie dicke Rollen von Geldscheinen bei sich hatten, wohl die meisten waren mit Smartphones ausgestattet. Auch musste man sich vor Islamisierung hier weniger fürchten, denn wohl kamen die mutmaßlichen Flüchtlinge aus Libyen, doch Muslime waren sie eher nicht. Sie tranken nicht nur Alkohol, was Muslimen strikt verboten ist, sie rauchten auch Zigaretten. Muslimen ebenfalls verboten.

[\(Weiter im Radeburger Anzeiger – sehr lesenswert!\)](#)



Thorsten Hinz (JF): Den Nerv getroffen



Das Wort wirkt wie ein Donnerhall: Lügenpresse! Den Journalisten der etablierten Medien treibt es die Zornesröte und auch Angstschweiß ins Gesicht. Eine „unabhängige Jury“ aus Sprachwissenschaftlern hat es zum „Unwort des Jahres“ erklärt, weil es „bereits im Ersten Weltkrieg ein zentraler Kampfbegriff“ gewesen sei und „auch den Nationalsozialisten zur pauschalen Diffamierung unabhängiger Medien“ gedient habe. Ja. Und trotzdem ist die Entscheidung so falsch, wie ihre Begründung dumm ist. Mit ihr demonstrieren die Experten, daß sie demselben ideologischen Überbau angehören wie die kritisierten Medien. (*Weiter in der [Jungen Freiheit](#)*)



Hybris des Intellektuellendarstellers



Navid Kermani ist das fleischgewordene und auffälligste Symptom der Migrantisierung der deutschen Kultur. Der vom links-grünen Kulturbetrieb und

von staatlichen Kulturinstitutionen und Fördertöpfen krampfhaft postulierte Anspruch, daß der Künstler und Intellektuelle ausländischer, besser muslimischer Herkunft, weit genialistischer sei und unsere Gesellschaft authentischer abbilde, als ein Autor oder Filmemacher, der Karl oder Klaus heißt, ist seit Anfang der 90er Programm und Staatsdoktrin, zumindest was den Fluß der Staatsknete an die „üblichen Verdächtigen“ anbetrifft.

(Von Akif Pirinçci)

Problem: Bis auf wenige Ausnahmen, die man nicht einmal mit der Lupe sieht, interessiert sich der Kunstkonsument trotz der medialen Nonstop-Propaganda kaum für deren Eleborate, was wiederum die Feuilletonisten sich zu einer Jetzt-erst-recht!-Reaktion versteifen zu lassen scheint. Dabei liegen die Gründe für die Unpopularität und in deren Folge die nicht vorhandene Kommerzialität dieser Ein-Viertel-Kreativen auf der Hand. Der Hauptgrund ist natürlich der eklatante Talentmangel bei diesen Ethnien, von deren Herkunftsländern in keiner Weise kulturelle Impulse für die moderne Welt ausgehen, weder im geisteswissenschaftlichen noch im Unterhaltungsbereich. Eher werden wir Fans von skurrilen skandinavischen Bands als von

persischen oder ägyptischen. Und eher begeistert uns ein südafrikanischer Film wie „District 9“, als der aufwendig produzierte türkische Blockbuster. Zudem haben sich die migranteniosen Kulturschaffenden ausschließlich auf zweierlei von Genres festgelegt. Entweder rasonieren sie in der Dauerschleife von ihrem total diskriminierten Migrantendasein oder richten im Stile eines edlen Wilden, der über die „Weißen“ baff erstaunt tut, einen grotesken und völlig falschen Blick auf die Deutschen, was irgendwie witzig überkommen soll, doch nichts anderes als ihre eigene Fremdheit bloßstellt.

DIE ZEIT schießt in diesem Zusammenhang schon seit Längerem mit wuchtigeren Kanonen und versucht jeden Migranten, der Lesen und Schreiben kann, zu einem modernen deutschen Nationaldichter im Kaliber eines Günter Grass zu proklamieren. Dabei läßt sie völlig außer acht, daß der frühere Grass mit seinen Meisterwerken und Bestsellern tatsächlich ein fester Bestandteil des deutschen Wesens war und im kritischen Ton zu Seinesgleichen sprach, wogegen der migrantische Künstler oder Intellektuelle nur zu sich selbst und zu einem erlauchten Kreis des deutschen Feuilletons spricht, da ihn der gewöhnliche Kulturkonsument nicht einmal vom Namen her kennt und auch nicht kennenlernen möchte.

Ein Prachtexemplar dieser abstrusen Denkverrenkung ist wie gesagt Navid Kermani, der so jeden deutschen Kulturpreis eingeheimst hat, ohne daß jemand es mitbekommen hätte, und den DIE ZEIT in seitenlangen Artikeln und Interviews immer penetranter zu einem fürs deutsche Geistesleben unersetzlichen Genie hochstilisieren will. Die Ursache hierfür ist vermutlich die gleiche, weshalb Irre felsenfest davon überzeugt sind, von Aliens entführt worden zu sein. Denn das tief gläubige Objekt der Aufmerksamkeit gibt dafür in keiner Weise Anlaß, hat es sich doch in seinen Büchern mit nichts anderem als dem Islam, Islam und noch mehr Islam beschäftigt. So wie es scheint gerät er bei seinen islamischen

Turnübungen sogar [regelrecht in einen Rausch](#):

„Ich selbst habe einmal bei einem sufischen Atemritual mit anderen laut hyperventiliert, bis ich in Ohnmacht fiel. Als ich aufwachte, lag ich auf dem Boden, zwei Leute kümmerten sich um mich und gaben mir Zuckerwasser. Das war eine sehr schöne Erfahrung, und die Sehnsucht nach dieser kleinen Ekstase treibt mich weiter an. Die Gefahr ist allerdings, nach der Verzückung süchtig zu werden ...“

Man stelle sich vor, diese ZEIT-Heinis würden an den Lippen eines deutschen Schriftstellers hängen und diesen als eine große geistige Autorität Deutschlands apostrophieren, der bei katholischen Exerzitien in Ekstase gerät und davon süchtig zu werden droht. Das brüllende Gelächter des Intellektuellenpublikums wäre ihnen sicher. Doch da die größte Bedrohung der gegenwärtigen Welt schleichend auch das Epizentrum des deutschen Feuilletons diszipliniert und es ob der Schönheit der islamischen Spiritualität den Atem anhalten läßt, kann man von solcherlei Ohnmachtsanfällen nicht genug kriegen. Schon einige Wochen später nämlich kommt in der ZEIT ein neues Interview mit der Islamkoryphäe aufs Tapet. Man ist schier besessen von dem Mann, zumal der von Mohammeds Jüngern ausgeübte Massenmord in Paris diese noch geiler, ja auch irgendwie sympathischer gemacht hat. Dabei fällt den [interviewenden Anhimmlern](#) gar nicht die Komik in den Entgegnungen des islamischen Hyperventilators auf:

„Als ich mit dem Arabischunterricht anfing, sagten alle: `Was willst du denn damit?` Das galt als Fach für Schöngeister, für Leute, die keinen Moment an ihre Karriere denken. Heute haben alle, die mit mir studiert haben, einen guten Job gefunden. Und die, die keinen guten Job gefunden haben, sind zumindest beim BND untergekommen.“

Wozu ist Arabistik überhaupt gut? Was können wir von Arabien lernen? Welche Errungenschaften kultureller oder technischer

Art gebiert Arabien? Diese Parzelle des Planeten besteht ausnahmslos aus irgendwelchen Scheißhaufen an Staaten, welche gleich Höllen en miniature zum Brechen anregende Rückständigkeit, Frauenverachtung, bestialische Gewalt, verordnete Dummheit und nicht enden wollende Ströme von Blut produzieren und sonst gar nix. Das einzige, was uns an Arabischem nützt, ist Öl, ein Rohstoff, der zufällig in diesem Terrain vorkommt. Wenn es diesen nicht gäbe, wüßten wir nicht einmal, wo Arabien liegt.

Das wirklich Lustige ist jedoch, daß Kermani unfreiwillig offenbart, wie man mit diesen Quatsch-Fächern wie Arabistik und Islam-Blabla es hierzulande doch noch zu Obere-Mittelschicht-Existenzen bringt. Alle, die mit ihm studiert haben, sagt er, hätten jetzt einen guten Job. Ja, wo denn bloß? Als Wissenschaftler im CERN, um den Teilchenbeschleuniger zum Durchbruch zu verhelfen? Oder beim SAMSUNG, damit man den Quantensprung bei der nächsten Handygeneration bewerkstelligt? Unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist es, daß sie nach ihren Arabistik- oder Islamstudien eine Stunde später von irgendwelchen völlig überflüssigen, insbesondere jedoch mit deutschem Steuergeld gemästeten Arabistik- und Islaminstituten als Pseudowissenschaftler für eine Pseudowissenschaft eingestellt worden sind, damit sie verharmlosenden Blödsinn über den Islam fabrizieren können, den in Wahrheit keine Sau glaubt. Der Beweis: „Und die, die keinen guten Job gefunden haben, sind zumindest beim BND untergekommen.“ Genau, der Bundesnachrichtendienst braucht eben jene, die ein besonderes Ohr für das Ticken von Zeitbomben haben, und wer wäre dafür besser geeignet, als Leute, die in einer Zeitbombenfabrik aufgewachsen sind. Mit anderen Worten, erst holen unsere Dreckspolitiker die Islamis massenhaft ins Land und dann bezahlen sie sie auch noch dafür, daß sie Ihresgleichen kontrollieren. Kapitulation pur.

ZEIT Campus: Warum mischen Sie sich ein, wenn der Bundestag

über Außenpolitik berät?

Kermani: Ich finde nicht, dass man sich immer zu allem äußern sollte. Aber ich glaube, dass Literaten, Intellektuelle und Wissenschaftler eine Verantwortung haben, sich in öffentliche Debatten einzumischen, wenn sie aufgrund ihrer Lektüren, ihrer Reisen und auch ihrer Beobachtungsgabe eine Kompetenz haben, die für andere wertvoll sein kann. Sie können Menschen, Ländern und auch widersprüchlich scheinenden Situationen einen Ausdruck geben, der in der Sprache der Politiker und Medien so nicht möglich ist.

ZEIT Campus: Gibt es eine Pflicht, sich einzumischen?

Kermani: Nicht in dem Sinne, dass man Wahlempfehlungen für Parteien oder Politiker aussprechen soll – das kann im Einzelfall mal sein, wäre aber selbst dann nur ein absoluter Nebenaspekt. Leute, die Bücher lesen und die sich nicht nur mit dem beschäftigen, was gerade aktuell ist, sondern gleichzeitig eine tausendjährige Literaturgeschichte im Kopf haben, die können dort, wo sie sich auskennen, Rat geben.

Da ist sie wieder, die lachhafte Hybris des Intellektuellendarstellers. Leute, die irgendso ein unnützes Zeug studiert haben, in ihren Büchern Mohammed, den Judenköpfer, in den Himmel loben, in Länder gereist sind, die inzwischen schlimmer aussehen als das dreckigste Klo, ja, diese Großhirne stehen natürlich in der „Verantwortung“, unseren debilen Politikern Ratschläge zu erteilen. Nicht allein das, „im Einzelfall“ kann dieser Rat der Weisen „Wahlempfehlungen für Parteien oder Politiker aussprechen“. Im Gegensatz zu meinem Becker, der zu sehr damit beschäftigt ist, die Kohle für diese Staatskneteabgreifer zusammenzuverdienen.

Aber es geht noch viel schlimmer. In Ermangelung eines deutschen Laberheinis durfte ausgerechnet der Islam-Hyperventilierer Navid Kermani am 23. Mai 2014 in einer Feierstunde an die Verkündung des Grundgesetzes vor 65 Jahren

im deutschen Bundestag die Festrede halten. Vielleicht revanchieren sich die Muslime einmal und lassen einen Ungläubigen die Festrede zur Einführung der Scharia in Deutschland halten. Es war der Tiefpunkt des deutschen Parlaments, die Endstufe sozusagen. Und was sagte Kermani so? Er nannte die Einschränkung des Asylrechts, die der Bundestag in den neunziger Jahren beschlossen hat, einen „häßlichen Schandfleck“, vermutlich weil dieses Land noch nicht zur Gänze mit seinen Glaubensbrüdern penetriert worden ist. Angeblich führte dies zu einem Eklat. I wo, die Merkel zumindest hat die Botschaft schon damals verstanden und unlängst mitgeteilt, daß die Kermanis zu Deutschland gehören. Und es ist wahr, wir brauchen noch mehr Kermanis, damit Deutschland endlich den blutenden Hieronymus-Bosch-Landschaften ähnelt, die der Herr Wissenschaftler in seinen „Reiseberichten“ beschreibt – um danach den Gebetsteppich auszurollen.

(Im Original erschienen auf der [Facebook-Seite von Akif Pirinçci](#))

Dortmund: „Flüchtlinge“ fordern Wohnungen

☒ In der Dortmunder Brüggmann-Sporthalle sind zurzeit 270 „Flüchtlinge“ untergebracht. Angeblich geflüchtet vor Krieg, Hunger und Gewalt haben sie da ein Dach über dem Kopf, sie müssen nicht frieren, werden mit allen Dingen des täglichen Bedarfs versorgt, bekommen ausreichend zu essen und werden rundum betreut. Sie fordern aber: mehr Freizeitangebote, bequemere Betten, Rücksicht auf ihre jeweils

herkunftsspezifischen Essensgewohnheiten, Trinkwasserspender, mehr Beratung, mehr Privatsphäre und natürlich sofort eigene Wohnungen. Was Deutschland ihnen bisher bietet, sei nämlich unwürdig.

(Von L.S.Gabriel)

In Deutschland gibt es bestimmt viele Menschen, die sich eine Verbesserung ihrer Wohnsituation wünschen. Die Palette der Mängel reicht von der Größe der Wohnungen, über durch Eigentümer schlecht instand gehaltene Gebäude, Schimmelbefall, bis zur Ungezieferplage. Viele Deutsche hausen mehr, als sie wohnen, die Gründe sind oft unverschuldet: Arbeitsplatzverlust durch Einsparungen oder Krankheit, Schulden nach Scheidungen oder einfach kaum Rente nach einem arbeitsreichen Leben. Damit müssen sie leben, niemand bietet ihnen eine Lösung an. Ihr „Fehler“: es sind Deutsche. Wären sie illegal ins Land eingedrungene Personen könnten sie umgehend auf Hilfe hoffen. Wie die dreisten Forderer in Dortmund, denen springt schon, kaum wurden die Wünsche formuliert und in einem Katalog zusammengefasst, die Stadt in Gestalt von Stadtdirektor Jörg Stüdemann (kleines Bild, ganz rechts) zur Seite.

[WAZ](#) berichtet:

Ebenfalls bemängelt wird, dass es nur Licht zwischen 7 und 22 Uhr gibt und dass die Betten unbequem sind. 125 Flüchtlinge unterzeichneten das Schreiben. „Die Stimmung wird immer schlechter“, sagt eine Dolmetscherin. [..]

Stadtdirektor Stüdemann stellte im Gespräch mit neuen Flüchtlingen klar, dass die Sporthalle stets als Not-Unterkunft geplant war. Der Betrieb in der Innenstadt läuft seit dem 25. November 2014 und sollte Ende Dezember auslaufen. [..]

Die Grünen im Rat der Stadt befürchten nun eine „Dauerlösung“, sodass die Sporthalle weiterhin den Schulen und Sportvereinen nicht zur Verfügung stehe. Familien mit

Kindern und Alleinstehenden der Halle leben Familien mit Kindern, schwangere Frauen und Alleinstehende. Sie würden nicht menschenwürdig untergebracht, kritisieren die Flüchtlinge. [..]

Grundstücken Die Stadt Dortmund ist weiter auf der Suche nach Grundstücken und Gebäuden, die für weitere Flüchtlings-Unterkünfte geeignet sind. Aktuell hat die Stadt Dortmund 2500 Flüchtlinge aufgenommen. 1600 von ihnen leben in Wohnungen. Alle anderen sind in Übergangs-Unterkünften untergebracht worden.

Rund 500.000 alte Menschen sind in Deutschland akut von Armut bedroht, obwohl die meisten ein Leben lang hier gearbeitet und Steuern bezahlt haben. Sie haben aber keine linke Gutmenschenlobby an ihrer Seite und müssen eben schauen, wie sie zurechtkommen. Deutschen Obdachlosen sind Parkbänke zuzumuten, sie werden sogar im Winter aus Bahnhofshallen vertrieben und Rentner können sich ihr Essen aus Mülltonnen holen. Das ist menschenunwürdig.